

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/37

Bonn, den 24. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite: Zeilen:

1 Politische Union Europas ? 45
Ein Begriff mit vielen Auslegungen

2 - 3 "Gesundheit um jeden Preis - Mensch und Verkehr" 71
Zur gesundheitspolitischen Tagung der SPD in Pforzheim
vom 28. Februar bis 1. März 1964
Von Dr. Elinor Hubert, MdB

4 "Laßt uns deutsch miteinander reden" 22
Offener Brief an MdB Dr. Rainer Barzel

4 "Magische Macht" 19
Prag und das Riesengebirge

5 - 6 Defferre sammelt die demokratische Mitte 63
Gestoppte Volksfrontentwicklung in Frankreich
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

6 "Alle Jahre wieder ..." 33
Pankow und die diesjährige "Deutsche Arbeiterkonferenz" in Leipzig

***** ZUR BEACHTUNG *****
Zum Auftakt des am 28. und 29. Februar in Heilbronn statufin-
denden Kriegsoferkongresses der SPD veröffentlicht der SPD-
Pressediens in seiner Dienstagegabe (25.2.1964) einen Arti-
kel von MdB Helmut B e z i l l e
Vergesst nicht die Eltern, Witwen und Waisen unserer Kriegsofer

Chefredakteur Günter Markscheffel

Politische Union Europas ?

Ein Begriff mit vielen Auslegungen

Der - Politische Union Europas heißt das große Schlagwort unserer Zeit. Nur wenige vermögen sich darunter etwas Bestimmtes vorzustellen. Der Begriff und sein Inhalt unterliegen den verschiedensten Deutungen. Die einen verstehen darunter einen Staatenbund - ein Europa der Vaterländer -, die anderen eine über den Staaten stehende und aus freien Wahlen hervorgegangene Regierungsspitze, die gemeinsam für Europa spricht und handelt, ein Fernziel, das sich durch die Politik de Gaulles in nebelhafte Weiten immer mehr verflüchtigt. Aber was auch immer Politische Union Europas heißen mag, sie kann nicht ein zweites, übergeordnetes oder neben den bestehenden europäischen Gemeinschaften mehr oder weniger funktionierendes Gebilde sein. Grundlage der Einigung Europas sind die Römischen Verträge und die europäischen Gemeinschaften. Auf diesem soliden und bewährten Fundament - der Erfolg der EWG übertrifft alle Erwartungen - gilt es weiterzubauen.

Im Aktionsprogramm der sozialdemokratischen Parteien der EWG-Staaten wird daran erinnert, daß die Weiterentwicklung der EWG zur höheren Einheit Europas mit der Übertragung weiterer Souveränitätsrechte an europäische Organe verbunden sei, daß diese Organe der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments unterliegen sollen mit daraus folgender Verschmelzung der Exekutiven der drei Gemeinschaften zu einer einzigen europäischen Exekutivgewalt unter vollständiger Beibehaltung der bestehenden europäischen Verträge. Das ist ein Fernziel, es aber aus der Sichtweite zu verlieren, hieße den Gedanken an ein Europa, das zur übrigen Welt mit einer Stimme spricht und sich zwischen den Giganten behauptet, aufzugeben.

Die wegweisenden Ideen der Römischen Verträge haben viel von ihrer einflussenden Schwungkraft verloren, sie drohen im Hin und Her der Quotenzeuteilungen zu ersticken. Der Bau Europas ist keine abschließliche Angelegenheit von Experten und Bürokraten. Gewiß, diese sind unentbehrlich, doch sie wirken gewissermaßen im luftleeren Raum, wenn hinter ihnen nicht der politische Wille der Völker steht. Eine zweite, für den Bestand des freiheitlichen Europa tödliche Gefahr zieht am Horizont auf, die Gefahr, daß sich die EWG, entgegen dem Geist der Römischen Verträge, von anderen europäischen Staaten abkapselt und den Versuchungen der Autarkie unterliegt. Beitrittswillige oder assoziierungsfreudige Staaten finden in Brüssel verschlossene Türen und werden auf einen Kurs zurückgeworfen, der sie von Europa ganz wegführen muß. Wenn heute das kleine Dänemark gezwungen ist, die Straße eines erweiterten Osthandels mit der Sowjetunion zu beschreiten, so ist dies eine Folge des europäischen Stillstandes und des Mangels an Verständnis der Regierungen der EWG-Staaten für die Lebensnotwendigkeiten anderer demokratischer Länder.

Politische Union Europas? Die Stationen dorthin sind mit Schwierigkeiten überreich besetzt und manche Regierungen zeigen Bereitschaft zur Kapitulation. Wird auch der Wille der Völker erlahmen? Für alle guten Europäer, denen Europa Verpflichtung und kein Lippenbekenntnis bedeutet, ist die Stunde, Alarm zu schlagen und rechtzeitig zu warnen, gekommen. Was heute und morgen hier versäumt und unterlassen wird, kann folgenschwere Auswirkungen haben.

24. Februar 1964

"Gesundheit um jeden Preis - Mensch und Verkehr"

Zur gesundheitspolitischen Tagung der SPD in Pforzheim
vom 28. Februar bis 1. März 1964

Von Dr. Elinor Hubert, MdB

Unter den vielen Belastungen, denen die menschliche Gesundheit in unserer Zivilisation ausgesetzt ist, spielt der moderne Verkehr eine nicht unerhebliche Rolle; er entwickelt sich in einem atemberaubenden Tempo. Straßenbau und Raumplanung kommen nicht mehr mit. Im Flugverkehr hat auf den interkontinentalen Strecken das Düsenflugzeug die Propellermaschine abgelöst und befördert den Menschen in wenigen Stunden aus einem nördlichen in ein tropisches Klima ohne jede Möglichkeit einer allmählichen Anpassung oder beraubt ihn auf einem Ost-Westflug der Ruhe einer ganzen Nacht. Frankreich und Großbritannien haben bereits einen Vertrag abgeschlossen zur Entwicklung von Überschallflugzeugen für den Passagierverkehr. Klagen heute schon die Anwohner von Flugplätzen über den Lärm von Düsenmaschinen, so würden Überschallflugzeuge ihren Lärm in einer Breite von 100 bis 150 Kilometern, also einer Entfernung von Bonn bis Frankfurt, verbreiten.

* * *

Auf den Zusammenhang zwischen Verkehr und Gesundheit ist bisher nur von Verkehrsmedizinern hingewiesen worden, ohne daß dies eine Wirkung im politischen Raum gehabt hätte. Im Bewußtsein ihrer Verantwortung für die Volksgesundheit wird die Sozialdemokratische Partei auf ihrer Konferenz "Mensch und Verkehr", die vom 28. Februar bis 1. März in Pforzheim stattfindet, zum ersten Mal Vertreter der Gesundheits- und Verkehrspolitik an einen Tisch bringen.

Von Vertretern aller ärztlichen und nichtärztlichen Organisationen, die sich mit Fragen der Gesundheit befassen, sowie Vertretern verschiedener Verkehrsunternehmen, der Verkehrspolizei, der Verkehrsrichter, der Industrie, der Automobil- und Luftfahrtgesellschaften und vieler anderer werden bekannte Wissenschaftler des In- und Auslandes über die Gefährdung der Gesundheit durch die heutige Form des Verkehrs sprechen.

In einer anschließenden Diskussion soll erörtert werden, welche Wege von der Industrie beschritten werden können, um Gefahren von vornherein auszuschließen oder weitgehend herabzumindern und welche gesetzgeberischen Maßnahmen notwendig sind, um der Überforderung und Belästigung des Verkehrsteilnehmers vorzubeugen oder sie weitgehend zu verhüten.

Alzu lange Nichtbeachtung der Gesundheitsschäden, die durch Verschmutzung von Wasser und Luft eintreten, hat dazu geführt, daß heute Milliardenbeträge erforderlich sind, um die Mißstände zu beseitigen. Das sollte als Warnung dienen, um die Weiterentwicklung unseres Verkehrs in Bahnen zu lenken, die auch der großen Gemeinschaftsaufgabe "Erhaltung der Gesundheit" gerecht werden. Neben den zahllosen Toten und Invaliditätsoptionen, die der Verkehr heute durch Unfälle fordert, zeigen sich seine Auswirkungen auf die Gesundheit ganz allgemein. Erkrankungen von Kreislauf und Nervensystem, Haltungsschäden, Magengeschwüre haben ihre Ursache in der übermäßigen Beanspruchung des Menschen durch den Verkehr. Die Zahl der Frühinvaliden, die erschreckend hoch ist, ist der Öffentlichkeit bisher nicht voll ins Bewußtsein gebracht worden.

Lärm als Ursache von Gesundheitsschäden, insbesondere durch Störung der Nachtruhe, ist im wesentlichen ein Verkehrsproblem. Statt über zu reichlichen Gebrauch von Schlafmitteln zu klagen, sollten wir uns bemühen, die Ursachen der Schlafstörungen zu beseitigen.

Die stetig wachsende Verkehrsdichte überlagert vor allen in Verkehrszentren die Strassen mit Abgasen, die zum Teil krebserzeugende Stoffe enthalten und schon an sich einen schädlichen Reiz auf die Atmungsorgane ausüben.

* *
*

Der Einfluß hoher Geschwindigkeiten, insbesondere auf den Kreislauf älterer Menschen, die Herabsetzung der Fahrtüchtigkeit und Reaktionsfähigkeit, nicht nur durch Genuß von Alkohol, sondern auch durch Einnehmen von Medikamenten, aber auch die Überforderung der menschlichen Aufmerksamkeit durch allzu viele und allzu verschiedenartige Schilder, Gebote und Verbote machen es notwendig, daß Gesetzgebung und Wirtschaft bedenken, daß die Belastungsfähigkeit des Menschen Grenzen hat.

Die so hochentwickelte Technik müßte Möglichkeiten haben, die Verkehrsmittel so fortzuentwickeln, daß Gesundheitsschäden vermieden werden. Der Gesetzgeber sollte durch vernünftigen Einsatz von Mitteln, zum Beispiel in Strassenbau und in der Raumordnung, mit dazu beitragen.

24. Februar 1964

"Laßt uns deutsch miteinander reden"

Offener Brief an MdB Dr. Rainer Barzel

Sehr geehrter Herr Dr. Barzel!

Bonn, den 21. Februar 64

Der von Ihnen (und der CDU-Fraktion) heute vorgelegte Antrag auf Drucksache IV/1965 zur Änderung des Grundgesetzes (er ist übrigens von 1963 datiert), ist nur der Anlaß für diese kollegiale Anmerkung. Weil die Sache viele, leider sehr viele, angeht, möchte ich die Bemerkung öffentlich machen.

Nach Ihrem Antrag soll ein Volksentscheid (in Baden-Württemberg) "durchgeführt" werden. Wie will man das machen? Man kann die Badener Bevölkerung durch den Schwarzwald, man kann das südbadische Land sogar in das Unheil eigener Staatlichkeit "führen" - aber einen Volksentscheid kann man nur verwirklichen oder er kann vorgenommen werden, man kann zu ihm aufrufen. Das Wort "durchführen" wird leichtfertig und bedenkenlos verwendet; es stammt aus dem "Wörterbuch des Unmenschen", aus der Zeit der Umwertung aller Werte, der Täuschungen und Verdrehungen.

Lassen Sie uns alle - viele sind gemeint - deutsch miteinander reden! Und lassen Sie uns gegenseitig kontrollieren, daß wir es klar und einfach tun. Dann verstehen uns auch unsere Mitmenschen besser, die hierzulande und die, welche in anderen Sprachen reden und denken oder besser: e r s t denken und d a n n reden.

Mit freundlichen Gruß, Ihr ergebener

Fritz S ä n g e r, MdB

+ + +

"Magische Macht"

Prag und das Riesengebirge

sp - Schlesier und Sudetendeutsche sind bekannt für ihre Liebe zum Riesengebirge. Selbst viele Jahre nach der Vertreibung aus der Heimat träumen sie von den bewaldeten Bergen und erzählen sich die Geschichten vom Berggeist "Rübezah". - Es ist noch gar nicht allzu lange her, da nannte man diese sicher etwas sentimentale Liebe zur Heimat in Prager Zeitungen etwas spöttisch "mit rationalen Denken nicht zu erklärende aber zur Aufrechterhaltung revanchistischer Bestrebungen künstlich erhaltene Emotionen". Damit wollte das offizielle Prag das Wesen der Heimatvertriebenenverbände abwertend charakterisieren. - Um so erstaunlicher ist es, wenn man jetzt in einem offiziellen Prospekt der staatlichen tschechoslowakischen Reiseagentur CEDOC die für Reisen devisenkräftiger Bundesbürger in das Riesengebirge Reklame macht, lesen kann:

* "Das Riesengebirge übt eine magische Macht aus. Denn wer ein- *
* mal hier war, kann nicht widerstehen und kehrt inner wieder *
* zurück." *

CEDOC hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Eigentlich müßte man jetzt in Prag begreifen, warum die Heimatvertriebenen ihre Heimat nicht vergessen können und "immer wieder zurückkehren" wollen.

+ + +

Defferre sammelt die demokratische Mitte

Gestoppte Volksfrontentwicklung in Frankreich

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Seit der Ausserordentliche Parteitag der SFIO (Sozialistische Partei Frankreichs) Anfang Februar Gaston Defferre zum Kandidaten für das Amt des Staatspräsidenten bestimmte, ist die Tendenz zur Bildung einer "Volksfront" in Frankreich merklich gestoppt worden. Defferre erklärte sofort nach seiner Wahl zum Präsidentschaftskandidaten, er werde mit keiner politischen Partei in Verhandlungen eintreten, insbesondere nicht mit der Kommunistischen Partei, die seit längerer Zeit derartige Verhandlungen zur Aufstellung eines "gemeinsamen Programms" fördert.

Die Hoffnung der KPF, auf diese Weise wieder zum Zug zu kommen und in Frankreich eine "Einheitsfront" oder "Volksfront" gemeinsam mit den Sozialisten, den Radikalen und den Gewerkschaften verschiedener Richtungen zustande zu bringen, sind somit zunichte gemacht worden. Die Enttäuschung bei den Kommunisten hat bereits ihren politischen Niederschlag gefunden: die KPF startet eine Kampagne gegen Gaston Defferre und scheint entschlossen zu sein, zu den Präsidentschaftswahlen im kommenden oder vielleicht auch schon in diesem Jahr einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Auch die PSU (Unabhängige Sozialistische Partei), die sich 1958 von der SFIO löste, hat sich gegen Defferre ausgesprochen.

Alle diese Stellungnahmen der linksextremen Kräfte Frankreichs dürften Defferre auf die Dauer mehr nützen als schaden. Den Gaullisten und den bürgerlich Rechtskonservativen ist es jetzt unmöglich, Defferre als "Werkzeug der Kommunisten" hinzustellen, wie sie es gern getan hätten. Der Marseiller Bürgermeister hat jetzt große Chancen, nicht nur die Kräfte der demokratischen Linken, sondern auch zahlreicher Wähler der Mittelparteien für sich zu gewinnen. Das schließt nicht aus, daß die Linksextremen in einem zweiten Wahlgang, wenn die Entscheidung zwischen Defferre und de Gaulle oder einem anderen gaullistischen Kandidaten fallen sollte, sich letzten Endes doch für den Mann der SFIO aussprechen.

Wandlung innerhalb der SFIO

Die letzten Beschlüsse des Ausserordentlichen Parteitages wirken sich vor allem auch innerhalb der SFIO aus. Die Sozialistische Partei stellt sich zum erstenmal offen auf den Boden der gegenwärtigen Verfassung, die aber in Zukunft wirklich eingehalten werden soll. Die Partei will auf diese Weise drei Gefahren vermeiden: 1. einen Rückfall in den früheren Zustand der häufigen Regierungswechsel, 2. ein autoritäres Präsidentialregime, 3. ein allzu radikaler Umsturz nach de Gaulles Abtritt von der politischen Bühne.

Die Sozialistische Partei Frankreichs verlangt von dem Nachfolger de Gaulles, die Verfassung des Jahres 1958 tatsächlich zu respektieren. Nach der Wahl des neuen Staatspräsidenten soll die gegenwärtige Nationalversammlung aufgelöst, Neuwahlen sollen ausgeschrieben werden. Der Präsident der Republik soll künftighin keine persönliche Macht ausüben, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Er soll nicht mehr Chef der Exekutivgewalt sein, andererseits aber doch über mehr Rechte und Vollmachten verfügen, als die Präsidenten der Dritten und Vierten Republik oder beispielsweise der Bundespräsident in Deutschland.

Nach Auffassung der SFIO soll der französische Staatspräsident folgende Rechte haben: eine gewisse persönliche Initiative, z.B. die Möglichkeit, sich durch eine Botschaft direkt an das Land zu wenden. - Was den Artikel 16 (Ausnahmestand und absolute Vollmacht des Staatspräsidenten in außergewöhnlichen Situationen) und die Einrichtung periodischer Volksabstimmungen betrifft, sollen die Bestimmungen der gegenwärtigen Verfassung späterhin "in demokratischem Sinne überprüft werden".

Die SFIO kämpft jetzt also nicht mehr für die Beseitigung der gegenwärtigen "Fünften Republik" oder für die Errichtung einer "Sechsten Republik" - wie beispielsweise die französischen Kommunisten und auch ein Teil radikaler Sozialisten - sondern für eine r e f o r - m i e r t e Fünfte Republik. Die Sozialistische Partei wirft de Gaulle nicht mehr vor, die alte Verfassung gebrochen zu haben, sondern die neue, seine e i g e n e Verfassung zu mißachten.

+ + +
"Alle Jahre wieder ..."

Pankow und die diesjährige "Deutsche Arbeiterkonferenz" in Leipzig

sp - Nach dem Motto "Alle Jahre wieder" versucht Pankow auch diesmal während der Leipziger Messe eine "Deutsche Arbeiterkonferenz" zustande zu bringen. Auf dem Papier wird das sicher auch gelingen, denn es besteht durchaus keine Schwierigkeit, den "Genossen X" oder den "Genossen Y" aus Hamburg oder München heftige Reden gegen die "Kriegstreiber in der revanchistischen Bundesrepublik" halten zu lassen. Natürlich werden auch wieder "Gewerkschaftler" und "bürgerliche Linksdemokraten" mit von der Partie sein. Aber merkwürdig, im Gegensatz zu früheren Jahren werden in Vorbereitung dieser "Deutschen Arbeiterkonferenz" doch recht kleine Brötchen gebacken. Man schreibt nicht mehr über den zu erwartenden "eindrucksvollen Erfolg eines gesamtdeutschen Treffens", sondern begrüßt sich mit dem Hinweis auf die "jetzt begonnene Entspannungspolitik", die es "den Freunden in der Bundesrepublik immer schwieriger macht, sich offen zu erklären" und die aus diesem Grunde weniger zahlreich in Leipzig zu erwarten seien.

Aber das Soll muß trotzdem erfüllt werden. Deshalb wird in Pankow unbeschadet der geringen Erfolgchancen des ganzen Unternehmens die Trommel gerührt.

Bleibt am Rande zu vermerken, daß ebenso wie in den früheren Jahren die Teilnahme nicht namentlich genannter "Sozialdemokraten und Gewerkschaftler" eine der uralten Propagandamaschen des Kommunismus ist, die auch dann nicht erfolgversprechender wird, wenn so geheimnisvoll wie möglich von den "grausamen Verfolgungen" geredet und geschrieben wird, denen sich diejenigen angeblich aussetzen, die "mutig und fest entschlossen" nach Leipzig kommen. Auch die diesjährige "Deutsche Arbeiterkonferenz" wird wie alle ihre Vorgänger nichts anderes sein, als der untaugliche Versuch, die Geschlossenheit der freien deutschen Arbeiterbewegung zu stören.

+ + +